

Haushaltsrede Siegburg Nachtrag 2014



Michael Otter

Die Behauptung der CDU und des Bürgermeisters, dass ausschließlich der Einbruch der Gewerbesteuer verantwortlich ist für das Haushaltsdefizit, ist falsch. Bei einem Haushaltsfehlbetrag von 22,6 Mio. Euro schlägt der Gewerbesteuerrückgang mit 7 Mio. Euro (geplant 32 Mio. eingenommen 25 Mio. Euro) zu Buche.

Tatsächlich hat die regierende Partei CDU aber bei der Aufstellung des Haushaltes ein Minus von 6,3 Mio. Euro schon eingeplant.

Laut Verwaltung war die Gewerbesteuerrückzahlung von 6,5 Mio. Euro schon seit Herbst 2013 bekannt.

Ebenfalls war der Rückgang der Landeszuweisungen bekannt, die auf Grund der guten Gewerbesteuereinnahmen aus den Vorjahren, reduziert wurden.

Damit war im Grunde die noch zur freien Haushaltsgestaltung geeignete Ausgleichsrücklage von ca. 15 Mio. Euro schon vor Jahresbeginn verbraucht.

Ebenso war mit den einkalkulierten Gewerbesteuereinnahmen von 32 Mio. Euro ein sehr optimistischer Ansatz am oberen Rand der wahrscheinlichen Einnahmen für das Jahr 2014 gewählt worden.

Konsequenterweise hätte also schon zu Beginn des Jahres 2014 Einsparungen bzw. Einnahmeverbesserungen in Form von Steuererhöhungen erfolgen müssen.

Nein, die Wähler sind getäuscht worden.

Die Bürgerinnen und Bürger sind doppelt gestraft worden. Denn die Versäumnisse des Haushaltsausgleiches hat zu den Auflagen der Haushaltskonsolidierung geführt sowie für die notwendigerweise aufgenommenen Schulden zusätzliche Zinszahlungen.

Die CDU Siegburg ist mit dem Slogan „Siegburg ist auch schön“ in den Wahlkampf gezogen.

Aber die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, was diese Schönheit kostet.

... und zwar vor der Kommunalwahl.

DIE LINKE hat einen Haushaltsvorschlag gemacht, der den weitest gehenden Defizitausgleich enthält. Das Ziel für uns LINKE dabei ist es, die Stadt als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Mit ihren Haushaltsvorschlägen verfolgt die Fraktion DIE LINKE Siegburg das Ziel, die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung und des Rates zu erhalten. DIE LINKE möchte damit erreichen, dass bestehende Strukturen z.B. in der Jugendarbeit, die als freiwillige Leistungen gelten, erhalten bleiben. Ein weiteres Ziel ist für DIE LINKE eine planbare Zukunft für die Beschäftigten in der Stadtverwaltung. Daher werden betriebsbedingte Kündigungen sowie pauschalen Stellenstreichungen abgelehnt.

Die Abgabenerhöhungen sollen möglichst sozial gestaltet werden, wie z.B. bei den Kita-Beiträgen mit neuen Beitragsgruppen über 62.000 EUR Jahreseinkommen.

Sozial gestaltet sollen auch die Steuererhöhungen sein, wie z.B. durch die Gewerbesteuererhöhung und die Einrichtung einer Stelle eines Gewerbesteuerprüfers.

Es gilt das gesprochene Wort.